

Warnung vor ungerechtem System

SPD-MdB Rainer Arnold zum Umbau des Gesundheitswesens

Am 1. Februar forderten einige Kassen, wie zum Beispiel die DAK, von ihren Versicherten Zusatzbeiträge. Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) sieht die Gefahr, dass dies der Einstieg zu der von der FDP favorisierten Kopfpauschale darstellt: „Dies wäre ein gravierender Fehler.“ Gesundheitsminister Rösler selbst bekräftigte, das Gesundheitssystem noch vor der nächsten Bundestagswahl umzubauen.

Nürtingen. Zusatzbeiträge sind damals gegen den Willen der SPD von der Union durchgesetzt worden, wie Arnold betont. Schon in der Großen Koalition ging es um die Frage, wie das Gesundheitswesen angesichts steigender Kosten verändert werden könnte. Die SPD plädierte für die solidarische Bürgerversicherung: Hier

sollten alle Bürger mit allen Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze ihren Teil für die Gesundheitsversorgung beisteuern, also auch die Beamten und die Personen, die bisher in der privaten Krankenversicherung sind. Die Folge wäre gewesen, dass die ungerechte Unterscheidung in gesetzliche und private Krankenversicherung abgeschafft worden wäre.

Die CDU bevorzugte jedoch die Kopfpauschale, bei der jeder unabhängig von seinem Einkommen den gleichen Betrag zahlt. Um die einheitliche Prämie zu verhindern und so den Gesundheitsfond als Kompromiss zu ermöglichen, stimmte die SPD trotz der Zusatzbeiträge dem Gesetz zu. Allerdings bestand sie auf einer Begrenzung der Beiträge. So können die Krankenkassen ohne Einkommensprüfung maximal acht Euro fordern.

Die Kassen müssen für die Beiträge extra Konten für die Versicherten

einrichten und ein Abbuchungsverfahren veranlassen. „Das ist nichts anderes als eine kleine Kopfpauschale“, so Arnold. Hier werde die Infrastruktur bereits geschaffen. Damit sei die solidarische Gesundheitsversorgung in Gefahr, die darauf beruhe, dass starke Schultern die Schwachen tragen und die Gesunden für die Kranken einstünden. „Unsere Gesundheit ist das wertvollste Gut und sollte nicht leichtfertig in ein ungerechtes System umgebaut werden“, meint der SPD-Mann. Millionen Arbeitnehmer würden zu Bittstellern beim Staat, da sie die einheitliche Prämie nicht zahlen können. Die Gutverdienenden profitierten am meisten. Weiter soll der Arbeitgeberanteil eingefroren werden, was bedeutet, dass die höheren Kosten nur noch von den Versicherten getragen werden müssen.

Es stellt sich auch die Frage, wie dieser Umbau bezahlt werden soll? Der Sozialausgleich, der zum Tragen

kommen muss, wenn viele Versicherte die Prämie nicht zahlen können, würde zwischen 22 und 35 Milliarden Euro kosten - Geld, das die Koalition nicht hat. Diese Mehrkosten könnten nur über eine drastische Erhöhung der Einkommensteuer finanziert werden, folgert Arnold. Oder man gehe den Weg über höhere -Verbrauchssteuern, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

In der Schweiz könne man bereits heute sehen, dass dieses System nicht funktioniert, dort müsste bereits jeder Dritte Staatszuschüsse bekommen und die so hoch gepriesenen Wettbewerbe um die Leistungen unter den Kassen gebe es nicht. Dort überlege man sich sogar, auf das deutsche Modell umzusteigen, und das nicht ohne Grund. „Solidarität heißt, dass jeder nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag leistet und alle das medizinisch Notwendige erhalten und am medizinischen Fortschritt teilnehmen, sagt der SPD-Abgeordnete. pm